

Wirtschaftsmacht in der Diaspora?

Überseechinesen zwischen Diskriminierung und ökonomischem Erfolg

Chinas Aufstieg zur Weltmacht wird derzeit mit Spannung beobachtet. Abwechselnd löst die rasante wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Westen sowohl Ängste als auch Euphorie aus. Bei der Frage nach den Gründen für das enorme Wachstum Chinas werden dabei immerzu dieselben Faktoren hervorgehoben: billige Löhne, ein Heer von arbeitswilligen Landflüchtigen, niedrige Sozialstandards, eine autoritäre Regierung. Doch weitgehend unbeachtet bleibt zu meist ein Faktor, der ganz wesentlich zum bisherigen ökonomischen Erfolg der Volksrepublik beigetragen hat: Die Überseechinesen.

China, traditionell ein Auswanderungsland, ist die Heimat der größten Auslands-gemeinschaft weltweit. Und diese 35 Millionen Chinesen sind ökonomisch mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 1,5 Billionen US-Dollar ein gewichtiger Faktor.¹ Aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen zum chinesischen Mutterland sind sie ein entscheidender Motor des chinesischen Wirtschaftswunders: Eine Mitte der 90er Jahre veröffentlichte Studie schätzte, dass zu diesem Zeitpunkt ca. zwei Drittel aller Investitionen auf dem chinesischen Festland von Auslandschinesen getätigt

wurden.² Wie konnte es zu diesem erstaunlichen Erfolg in der Diaspora kommen?

Der Weg in die Diaspora

Die chinesische Emigration ist historisch eng verbunden mit dem Zerfall des Kaiserreiches. Die europäischen Kolonialmächte hatten in Südostasien einen hohen Bedarf an Arbeitskräften. Gleichzeitig waren vor allem der Süden Chinas, die heutigen Provinzen Guangdong und Fujian, mit zunehmender Überbevölkerung, Hungersnöten und Bürgerkriegen konfrontiert. Die schwachen Qing-Herrscher waren letztendlich gezwungen, ihren Untertanen die Arbeit im Ausland zu erlauben. Die Kolonialmächte versprachen lukrative Arbeitsmöglichkeiten, in der Realität aber war der Übergang zum Sklavenhandel fließend. Doch nicht nur die Kolonien zogen chinesische Auswanderer an. Auch das unabhängige Königreich Thailand umwarb chinesische Arbeiter. Und ab der Mitte des 19. Jahrhundert wurden auch in den USA und Australien Arbeitskräfte für die körperlich schweren Arbeiten in den Goldbergwerken und im Eisenbahnbau benötigt.

¹ Studie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, zit. n. China Daily: "Number of Overseas Chinese" (13.2.2007)

² Studie des australischen Außenministeriums, zit. n. Oskar Weggel: Das Auslandschinesentum: Wirtschaftsmotor und Inspirationsquelle, Hamburg 1999, S. 19; Konrad Seitz, China. Eine Weltmacht kehrt zurück, Berlin 2000, S. 439.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

Die große Zeit der Emigration dauerte ungefähr hundert Jahre an, von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, und erreichte zwei Höhepunkte um 1900 sowie kurz nach dem ersten Weltkrieg. Ab den 1950er Jahren jedoch kam die chinesische Emigration aufgrund der drastischen Beschränkungen seitens des kommunistischen Staates fast vollständig zum Erliegen. Erst in den 1980er Jahren setzte mit der wirtschaftlichen und politischen Öffnung Chinas eine neue Phase chinesischer Emigration ein. Nun waren und sind es vor allem Angehörige der Mittelschicht, gut ausgebildete Menschen mit ihren Familien, die oftmals für ein Studium ins Ausland gehen und nicht mehr zurückkehren. Dabei ist Südostasien heute nicht mehr das Ziel der Emigranten, verlockender sind nun die USA, Kanada und Australien.

Wirtschaftlich einflussreich

Die überwiegende Mehrheit der Auslandschinesen lebt in Südostasien, vor allem in Indonesien und Malaysia (jeweils ca. 7 Mill.), in Thailand (ca. 6 Mill.), sowie in Singapur (2,6 Mill.)³. Mit Ausnahme von Singapur, wo sie mit 77 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung stellen, bilden die Chinesen in diesen Ländern Minderheiten, die vor allem hinsichtlich ihrer ökonomischen Potenz von Bedeutung sind. Denn die südostasiatische Wirtschaft wird im Wesentlichen von Überseechinesen dominiert: In den genannten Ländern (plus Vietnam) kontrollieren ethnische Chinesen geschätzte 70 Prozent des gesamten Privat- und Firmenkapitals, stellen aber nur 6 Prozent der Bevölkerung.⁴ Dieser überproportionale wirtschaftliche Einfluss führte immer wieder zu Spannungen. In politischen oder ökonomischen Krisensituatio-

³ Statistik der Behörde für Überseechinesen der Republik China (Taiwan) 2005, <http://www.ocac.gov.tw/english/public/public.asp?selno=1163&no=1163&level=B>

⁴ Michael Backman, Asian Eclipse. Exposing the dark Side of Business in Asia, Hoboken 1999, S. 207.

nen entlud sich der Unwille oftmals gegenüber der chinesischen Minderheit. Zudem versuchten die Regierungen dieser Länder mittels staatlicher Maßnahmen das ökonomische Ungleichgewicht zugunsten der einheimischen Bevölkerung zu korrigieren – mit unterschiedlichem Erfolg. So ist die Geschichte der Auslandschinesen in Südostasien auch eine Geschichte von Diskriminierung und Verfolgung. Doch greift eine pauschalisierende Betrachtung als "Juden des Orients", wie sie bisweilen in Artikeln zu finden ist, zu kurz.⁵ Der Vergleich ist aus vielerlei Gründen unzulässig, vor allem jedoch deshalb: Chinesen hatten im Unterschied zu Juden immer ein Heimatland, dass auf eine staatliche Kontinuität von mehreren tausend Jahren zurück blicken kann. Der Bezug zum Mutterland und die Interaktion mit diesem ist eine Konstante in der Geschichte des Auslandschinesentums. Dies gilt erst recht heute, wo sich dieses Mutterland anschickt, zu einer der bestimmenden Weltmächte des 21. Jahrhunderts zu werden. Zudem ist die konkrete Situation der chinesischen Minderheit stark von regionalen Unterschieden in den einzelnen Ländern geprägt. Dies gilt vor allem für die drei größten Gemeinschaften in Malaysia, Indonesien und Thailand.

Malaysia – politische Ökonomie der Diskriminierung

Von einer chinesischen Minderheit in Malaysia zu sprechen führt in die Irre. Zur Zeit der Unabhängigkeit des Landes 1957 stellten Chinesen fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Traditionell dominierten sie die Wirtschaft des Staates. Ethnische Unruhen in Singapur und der daraus resultierende Ausschluss des Stadtstaates aus der malaysischen Föderation 1964 sowie vor allem die blutigen Ausschreitungen

⁵ Der Vergleich geht zurück auf den Titel eines nationalistischen Pamphlets des thailändischen Königs Rama VI. zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vgl. Justus Krüger, Im Clanhaus durch die ganze Welt, in: Mck Wissen 10 (2004), S. 4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

zwischen Malayen und ethnischen Chinesen in Kuala Lumpur 1969 veränderten jedoch die politische Landschaft.⁶ Erstens stellten die Chinesen nach der Unabhängigkeit Singapurs nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Zweitens sank ihr Einfluss nun stetig – sowohl in politischer, aber auch in ökonomischer Hinsicht. Dies lag vor allem an der 1971 eingeführten, so genannten "New Economic Policy" (NEP). Sie sollte die ökonomische Dominanz der chinesischen Bevölkerungsgruppe relativieren und den ethnischen Malayen im Wirtschaftssektor eine Stellung entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil verschaffen. 1990 wurde die NEP nach langen Diskussionen beendet und durch die "National Development Policy" ersetzt, die jedoch viele der NEP-Instrumente fortsetzte.⁷ Die ethnisch orientierte Wirtschaftspolitik der malaysischen Regierung wird im aktuellen politischen Diskurs des Landes kontrovers diskutiert.⁸ Kritiker machen diese für anhaltende Spannungen zwischen den Volksgruppen, aber auch für die schleppende Privatisierung der malaysischen Wirtschaft verantwortlich. So sind derzeit ein Drittel aller Unternehmen noch in Staatseigentum, und gerade diese Firmen sind aufgrund der NEP ein wichtiger Arbeitgeber für ethnische Malayen. In einer viel beachteten Studie hat kürzlich der renommierte malaysische Think Tank "Asian Strategy and Leadership Institute" (ASLI) errechnet, dass mittlerweile 45 Prozent des gesellschaftlichen Kapitals sich in den Händen von ethnischen Malayen befindet. Die Regierung geht dagegen nur von 19 Prozent aus. Erklärtes Ziel der NEP war es seit 1971, diesen Anteil auf 30 Prozent zu erhöhen. Die ASLI-Studie stellte also die Notwendigkeit einer Fortsetzung

zung der diskriminierenden Politik in Frage, was daraufhin in den Medien ausführlich diskutiert wurde.⁹

Trotz anhaltender ökonomischer Diskriminierung sind die Chinesen heute in Malaysia weitgehend akzeptiert. Dies liegt wohl auch an ihrem hohen Bevölkerungsanteil und, damit einhergehend, ihrem hohen Organisationsgrad. So ist Malaysia z. B. das einzige Land in Südostasien, in dem ein vollständiges Schulsystem auf Chinesisch existiert. Auch gibt es ethnische Chinesen im malaysischen Regierungskabinett und somit ein Grad an politischer Mitsprache, der etwa in Indonesien nach wie vor nicht vorstellbar ist.¹⁰

Indonesien – eine chinesische Renaissance?

In Indonesien befindet sich die in absoluten Zahlen größte auslandschinesische Gemeinschaft, relativ gesehen macht sie jedoch nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Da gleichzeitig aber drei Viertel der wichtigsten indonesischen Konglomerate von ethnischen Chinesen geführt werden, ist das soziale Ungleichgewicht zwischen Auslandschinesen und einheimischer Bevölkerung schärfer als in anderen Ländern – und damit auch die Spannungen. Die antikommunistischen Säuberungsaktionen des Militärregimes unter Präsident Suharto 1965/66 stellten dabei den Höhepunkt der Verfolgungen dar. Die kommunistische Partei Indonesiens war zu diesem Zeitpunkt die drittgrößte kommunistische Partei der Welt (nach der Sowjetunion und China). Ethnische Chinesen wurden beschuldigt, gleichsam die fünfte Kolonne Maos in Südostasien zu sein und hatten schwer unter der Verfolgung zu leiden. Schätzungen gehen von Zehntausenden

⁶ Jonathan Kent: "Chinese Diaspora: Malaysia", in: BBC News, Kuala Lumpur (3.3.2005), S. 1.

⁷ Jomo Sundaram, The new economic policy and interethnic relations in Malaysia, UN Research Institute for Social Development Working Paper No. 7, Geneva 2004, S. 4f.

⁸ Melissa Goh, Educationists in Malaysia concerned that NEP may cause race polarisation. in: Malaysia Today (Nov. 21, 2006);

⁹ John Burton: "Ethnic Policy blunts Malaysia", in: Financial Times (22.11.2006)

¹⁰ Simon Long, The overseas Chinese, in: Prospect Magazine 29 (1998), S. 1998, S. 5

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

Opfern aus.¹¹ Die den Ausschreitungen folgende, so genannte "New-Order" Politik Präsident Suhartos hatte ambivalente Auswirkungen auf die chinesische Bevölkerung. Einige wenige, prominente chinesische Geschäftsleute, die im Beziehungsnetzwerk Suhartos standen, profitierten in ungeheurem Maße und gehören auch heute noch zu den reichsten Personen Asiens. Doch für die große Mehrheit der Chinesen bedeutete "New Order" ein bedingungsloses Assimilationsprogramm. Chinesische Namen, Feiertage sowie Schriftzeichen wurden verboten, der Zugang zu Militär und Regierung blieb Chinesen verwehrt. Im Zuge der Asienkrise kam es im Mai 1998 erneut zu schweren Ausschreitungen, bei denen mehr als 1.200 Menschen getötet und etliche Häuser und Geschäfte niedergebrannt wurden.¹² Der Pogrom markierte jedoch zugleich das Ende der indonesischen Diktatur: Nur eine Woche später, am 21. Mai 1998 musste Suharto zurücktreten. Kurz darauf erlebte das Land die ersten freien Wahlen seit fast 50 Jahren, gefolgt von einer Kehrtwende in der Minderheitenpolitik. Der neue Präsident Abdurrahman Wahid nahm in mehreren Schritten die antichinesischen Gesetze zurück. Seit dem Jahr 2000 ist der Gebrauch von chinesischen Schriftzeichen und die Zelebrierung chinesischer Feiertage wieder erlaubt. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz von 2006 garantiert nun erstmals jedem im Land Geborenen die indonesische Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2007 wurde das chinesische Neujahrsfest in einem symbolischen Akt zu einem nationalen Feiertag erhoben.¹³ Die Reformen sind begleitet von einem erstarkenden Selbstbewusstsein der chinesischen Minderheit. Erstmals werden

auch in der Politik Indonesier chinesischen Ursprungs aktiv.¹⁴ Doch ob durch die politischen Reformen das Verhältnis zwischen den ethnischen Chinesen und der übrigen Bevölkerung tatsächlich langfristig auf eine neue Basis gestellt wurde, wird sich wohl erst in der nächsten Krise beweisen müssen.

Thailand – Modell für gelungene Integration?

Von allen Ländern Südostasiens scheint Thailand am erfolgreichsten die chinesische Bevölkerungsgruppe integriert zu haben. Zwar sind sich beide Kulturen aufgrund der buddhistischen Tradition Thailands vergleichsweise ähnlich. Doch der hohe Assimilationsgrad in Thailand ist auch das Produkt einer jahrzehntelangen Assimilationspolitik.¹⁵ In den 50er Jahren wurden sämtliche chinesische Sprachschulen geschlossen und Chinesen dazu gedrängt, thailändische Namen anzunehmen. Interethnische Heiraten, in Thailand aus religiösen Gründen unproblematischer als in Malaysia und Indonesien, wurden zusätzlich staatlich gefördert – mit einem derartigen Erfolg, dass mittlerweile die Grenzen zwischen beiden Ethnien verschwimmen. Deshalb sind Angaben über die Zahl ethnischer Chinesen in Thailand problematisch, Schätzungen gehen jedoch von ungefähr 10 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Auch in Thailand dominieren Chinesen die Wirtschaft - 85 bis 90 Prozent aller Geschäftsanteile ("business interests") thailändischer Unternehmen sollen laut einem Bericht der Universität Maryland in den Händen von Thais chinesischer Abstammung sein.¹⁶ Doch resultieren daraus keine

¹¹ Insgesamt wurden 500.000 Indonesier in der Kampagne getötet. Vgl. Tim Johnston, Chinese Diaspora: Indonesia, in: BBC Online (news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/4312805.stm, letzter Zugriff am 9.8.2007)

¹² Ebd.

¹³ Kalinga Seneviratne: Indonesia: Ethnic Chinese Find New Acceptance, in: Inter Press Service News Agency (1.3.2007)

¹⁴ Christine Susanna Tjhin, "More Chinese-Indonesians become actively engaged in politics", in: The Jakarta Post (29.3.2004).

¹⁵ Yong Tiam Kui: Chinese Have Slowly Become Assimilated into Thai Society, in: New Straits Times (Malaysia) (21.11.2001).

¹⁶ Assessment for Chinese in Thailand, Minorities at risk project, University of Maryland.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

Konflikte in dem Ausmaß wie in Indonesien und Malaysia. Während der Asienkrise etwa kam es in Thailand nicht zu antichinesischen Aktionen. Die kulturelle Assimilationspolitik war jedoch seit jeher begleitet von einer ökonomischen Diskriminierung um das wirtschaftliche Ungleichgewicht zu relativieren - ähnlich der NEP in Malaysia. Seitdem ab 1992 der politische Einfluss des Militärs zunehmend zurückgedrängt und demokratische Reformen eingeleitet wurden, profitierten hiervon auch die Chinesen, die sich nun verstärkt in der Politik engagierten. Ob und inwieweit der jüngste Putsch des thailändischen Militärs im September 2006 die Situation der Thai-Chinesen beeinflusst, bleibt abzuwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt (August 2008) ist noch keine neue Verfassung in Kraft getreten. Bislang deutet nichts auf eine Verschlechterung ihres Status hin. Die Tatsache, dass der gestürzte Präsident Taksin Shinawatra ebenfalls chinesische Vorfahren aufweist, hat im politischen Diskurs nach dem Putsch keine Rolle gespielt.

Der äußere Ring: USA, Kanada, Australien – der Exodus der klugen Köpfe

Schon im 19. Jahrhundert emigrierten Chinesen auch nach Nordamerika und Australien. Doch 1882 beendete in den USA der berühmte "Chinese Exclusion Act" jegliche weitere Einwanderung. In Australien wurde 1901 im Zuge der "White Australia Policy" ein Einwanderungsgesetz erlassen, das ebenso wie die "Immigration Restriction Acts" in Kanada von 1885 und 1923 sämtliche Immigration von Chinesen untersagte. Nur ausgewählten Studenten, Diplomaten und einigen Geschäftsleuten war es nunmehr erlaubt, in diese Länder einzureisen. Gleichzeitig hatten die schon dort lebenden Chinesen mit schwerer Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen. Erst im Zuge der Liberalisierung und der Bür-

(31.12.2003)

gerrechtsbewegung in den 1960er Jahren verbesserte sich ihre Situation. In den USA verlieh das 1965 erlassene, neue Staatsbürgerschaftsrecht den Eingewanderten einen gleichberechtigten Status und erlaubte erstmals auch wieder neue Zuwanderung. Es folgte die größte Einwanderungswelle von Chinesen. Zwischen 1960 und 2000 stieg die Zahl ethnischer Chinesen in den Vereinigten Staaten von ca. 237.000 auf fast 3 Millionen an.¹⁷ Ähnliches gilt auch für Kanada. Als die dortige Regierung 1967 ein Punktesystem in der Einwanderungspolitik einführte, wurde Kanada für viele Chinesen äußerst attraktiv, da hier die Staatsbürgerschaft bedeutend einfacher zu erlangen war (und ist) als in den USA. Heute leben über eine Million ethnischer Chinesen in Kanada. In Australien wurde die "White Australia Policy" 1973 aufgegeben und damit neue Migration bedeutend erleichtert. In der Folge emigrierten zunächst Chinesen aus Südostasien und vor allem Hongkong nach Australien. Nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 erlaubte der australische Ministerpräsident Howard chinesischen Studenten, sich dauerhaft im Land nieder zu lassen. In der Zwischenzeit ist die Zahl von Einwandern aus der Volksrepublik stark angestiegen. Heute leben in Australien ca. 670.000 ethnische Chinesen.¹⁸

Seitdem die Volksrepublik in den 70er Jahren chinesischen Studenten ein Studium im Ausland erlaubte und der wachsende Wohlstand breitere Kreise der Bevölkerung erreichte, änderte sich die soziale Struktur der Migranten erheblich. Heute wandern überwiegend Angehörige der gebildeten und wohlhabenden Schichten nach Nordamerika und Australien aus. Diese aufstre-

¹⁷ Min Zhou and Susan Kim: After-School Institutions in Chinese and Korean Immigrant Communities: A Model for Others?, in: Migration Information Source Online (5/2007) www.migrationinformation.org. Die Zahlen umfassen auch Migranten aus Taiwan.

¹⁸ Australian Bureau of Statistics, 2006 Census Table (27.6.2007)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

benden Eliten reisen zunächst nur für ein Studium ein, entscheiden sich dann aber zum überwiegenden Teil für eine weitere Karriere am Studienort. In China wurden wiederholt die negativen Folgen dieses "Brain Drains" thematisiert. Die Regierung initiierte Werbekampagnen und besondere Unterstützungsfonds, um die Migranten zur Rückkehr zu bewegen, jedoch mit äußerst begrenztem Erfolg. Zwischen 1978 und 2007 haben über eine Millionen Studenten die Volksrepublik für ein Studium im Ausland verlassen, der Großteil von Ihnen in die USA. Doch nur 275.000 kehrten nach China zurück.¹⁹ Die Volksrepublik leidet unter dem größten "Brain Drain" der Welt, und dies wird sich aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht ändern.²⁰ Zwar lässt sich eine allmähliche Abschwächung dieses Trends feststellen. Die Rückkehr in die Volksrepublik wurde in den letzten Jahren aufgrund vielfältiger Karrieremöglichkeiten wieder attraktiver. Doch gleichzeitig hat auch das chinesische Bildungssystem enorme Fortschritte gemacht. Die Volksrepublik sieht sich mit einer Flut von Absolventen der eigenen Universitäten konfrontiert, die der Arbeitsmarkt überhaupt nicht absorbieren kann. Gleichzeitig nähert sich die Qualität chinesischer Abschlüsse den US-amerikanischen Standards an. Es ist heute daher keineswegs mehr selbstverständlich, nach der Rückkehr aus dem Ausland automatisch einen Job in China zu bekommen. Die Heimkehrer stehen in einem scharfen Wettbewerb mit den Absolventen der chinesischen Universitäten.²¹

In den USA wird derweil angesichts einer Flut von asiatischen Bewerbern an US-Universitäten diskutiert, ob Zulassungsbe-

schränkungen nach ethnischen Kriterien gerechtfertigt wären. In Berkeley etwa sind zum Wintersemester 2006/07 46 Prozent der Erstsemester asiatischen Ursprungs.²² Erst kürzlich wurde die Verwaltung der Universität Princeton beschuldigt, einen chinesischen Bewerber trotz Bestnoten aufgrund seiner Ethnie abgelehnt zu haben – ein Fall, der in den US-Medien ausführlich debattiert wurde.²³ Die Masse an asiatischen Bewerbern an US-Universitäten und die von den übrigen Ethnien als sehr scharf empfundene Konkurrenzsituation droht die Integration von Auslandschinesen in den USA in jüngster Zeit zu erschweren.

Die Netzwerkökonomie – ein Erfolgsmodell?

Ein vielschichtiges Beziehungsgeflecht verbindet die chinesischen Auswanderer weltweit entlang verschiedenster Loyalitätsverhältnisse und Gruppenstrukturen. Wichtigstes Bindeglied ist dabei die Familie sowie die Zugehörigkeit zum erweiterten Familienkreis, dem Clan. Daneben spielen die Herkunft aus einem bestimmten Dorf oder einer bestimmten Region und damit die Zugehörigkeit zu einer der zahlreichen südchinesischen Dialektgemeinschaften eine zentrale Rolle. Zusammen mit einer Unzahl von Gilden, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen entstand so ein dichtes Netzwerk unüberschaubarer öffentlicher und geheimer Organisationen. Dieses Beziehungsgeflecht hatte schon in den Herkunftsgebieten der Überseechinesen in Südchina Tradition. Peking und die Zentralregierung waren weit entfernt, und lokale Netzwerke übernahmen viele quasistaatliche Aufgaben. Bei der Auswanderung erleichterten dann diese Verbindungen die Ankunft im fremden Land: die Clanhäuser

¹⁹ Studie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, zit. n. Kent Ewing: Keeping China's best and brightest at home, in: Asia Times Online (15.6.2007)

²⁰ Lena Sin: Canada named a culprit in China's Brain Drain, in: CanWest News Service (4.3.2007)

²¹ EDUCON-INFO: Die neuen Sorgen der Hai Gui. Chinas Bildungsmarkt im Umbruch, (3/2004). www.educon-berlin.de

²² Timothy Egan: Asian-Americans challenge ideas of race in U.S. Universities, in: International Herald Tribune (7.1.2007).

²³ Daniel Golden: Is Admission-Bar higher for Asians at Elite-Schools?, in Wall Street Journal Online (11.11.2006).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

etwa boten Starthilfe, Zugang zu Krediten und Marktinformationen. Auf diese Weise hat das Geflecht persönlicher und finanzieller Bindungen entscheidend zu dem erstaunlichen wirtschaftlichen Erfolg der Überseechinesen in der Diaspora beitragen.

In der Mitte der 1990er Jahre wurde in einer Reihe von Buchveröffentlichungen dieses "Bambusnetzwerk" als neue Form des internationalen Wirtschaftens gefeiert und ein transnationales Imperium der Überseechinesen prognostiziert, dass sich anschicke, in naher Zukunft die Weltwirtschaft zu dominieren.²⁴ Doch eine angebliche Überlegenheit der asiatischen gegenüber der westlichen Wirtschaftskultur zu postulieren, führt zu weit. Es stimmt sicherlich, dass die gemeinsame Sprache, die kulturelle Nähe und enge Verbindungen zu Funktionären den Auslandschinesen den Zugang zum chinesischen Markt im Vergleich zu westlichen Firmen erleichterten. Es ist auch kein Zufall, dass die Volksrepublik in den 1970er Jahren ihre Sonderwirtschaftszonen in den Provinzen Guangdong und Fujian einrichtete, den Ursprungsregionen der meisten Auslandschinesen. Aufgrund ihrer Netzwerkstrukturen fanden diese in Südchina ideale Bedingungen für Investitionen vor. Es stimmt sicherlich auch, dass durch informelle Loyalitätsnetzwerke gewisse in internationalen Unternehmen anfallende Informations- und Transaktionskosten bedeutend reduziert werden können. Aber gerade die Asienkrise hat gezeigt, dass auch die Konglomerate der Überseechinesen den Gesetzen des globalen Marktes unterworfen sind und informelle Netzwerke keinen Schutz darstellen, wenn internationale Investoren das Vertrauen verlieren. Eine kürzlich erschienene Studie prognostiziert, dass die Konglomerate der Übersee-

chinesen sich in Zukunft verstärkt den Standards internationaler Konzerne annähern müssen, wenn sie im Zuge der Globalisierung, weiterer Marktliberalisierung und der Etablierung von E-Commerce ihre Stellung behalten wollen.²⁵

Fazit

Der Aufstieg Chinas ist eng mit der Geschichte der Überseechinesen verflochten. Gerade zu Beginn der wirtschaftlichen Öffnung in den 1970er und 1980er Jahren waren es chinesische Unternehmer aus Südostasien, die in den neu geschaffenen Sonderwirtschaftszonen investierten. Ethnische Chinesen üben des Weiteren – wie gezeigt – einen großen Einfluss im südostasiatischen Wirtschaftsraum aus. Daraus resultieren auch mannigfache politische Implikationen. Allerdings: Die ökonomische Potenz der Überseechinesen zusammen zu rechnen, mit politischer Macht gleichzusetzen und ein Imperium der Überseechinesen zu prophezeien, führt jedoch in die Irre.²⁶ Auslandschinesen sind zwar durch Netzwerke transnational verbunden, aber eben aufgrund dieser Netzwerkstrukturen auch äußerst dezentral organisiert. Darüber gleicht sich die Unternehmenskultur der großen Konglomerate zunehmend den globalen Standards an.

Heute beeinflusst vielmehr umgekehrt der weitere ökonomische Aufholprozess Chinas das Selbstverständnis der Auslandschinesen sowie ihr Verhältnis zu ihrem Heimatland. Mit einer aufstrebenden Weltmacht im Rücken wächst ein Gefühl von Sicherheit und neuem Selbstbewusstsein. Flankiert wird dieser Trend von demokratischen Reformen und einer rechtlichen Gleichstellung der chinesischen Minderheit

²⁴ Vgl. Sterling Seagrave, Die Herren des Pazifik: das unsichtbare Wirtschaftsimperium der Auslandschinesen, München 1995; Murray Weidenbaum, The Bamboo Network: How Expatriate Chinese Entrepreneurs Are Creating a New Economic Superpower in Asia, New York 1996.

²⁵ Studie der Accenture and the Economist Intelligence Unit: "Beyond the Bamboo Network", Hong Kong 2000.

²⁶ Phar Kim Beng: Overseas Chinese: How powerful are they?, in: Asia Times Online (10.12.2002).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

21. Februar 2008

www.kas.de

in der Region, vor allem in Indonesien seit 1998. Politische Partizipation und kulturelle Aktivitäten von Chinesen in Südostasien werden zunehmend selbstverständlicher. In Thailand, wo die politische Gleichstellung und kulturelle Integration schon weiter fortgeschritten ist, wird das Bekenntnis zur eigenen chinesischen Vergangenheit sogar ganz einfach als "chic" angesehen. Viele schon weitgehend assimilierte Chinesen entdecken ihre Wurzeln neu und verspüren den Wunsch, sich ihrer Herkunft zu vergewissern. Und auch für Auslandschinesen, die sich in ihren Ländern beheimatet fühlen und nur eine geringe emotionale Bindung zu China haben, ändert sich das Verhältnis zur Volksrepublik – aus ganz pragmatischen Gründen. Viele sehen heute in China zuvorderst einen Ort, der ihnen außergewöhnliche Karrieremöglichkeiten bietet. Die steigende Zahl von Mandarinschulen in Südostasien beispielsweise ist nicht nur dem neu erwachenden kulturellen Interesse, sondern auch dem ökonomischen geschuldet. Einen generellen Trend zur Rückkehr südostasiatischer Überseechinesen in Richtung Volksrepublik gibt es jedoch nicht. Peking wiederum ist seit jeher bemüht, die Auslandschinesen in die politischen Strukturen des Landes einzubinden: Die Volksrepublik unterhält zwei Kommissionen, angesiedelt zum einen beim Staatsrat, zum anderen bei der Politischen Konsultativkonferenz, die eigens für die Pflege der Beziehungen zwischen der chinesischen Auslandsgemeinschaft und ihrem Mutterland zuständig sind. Und Taiwan hat in seinem Parlament eine bestimmte Anzahl an Sitzen für die Überseechinesen reserviert.

Anders stellt sich die Situation in Nordamerika und Australien dar: In Peking wird es zwar nicht gern gehört, doch China bleibt ein Auswanderungsland. Der "Brain Drain" in diese Länder ist ein nicht zu unterschätzendes Problem. In Zukunft werden bei den chinesischen Eliten wohl nicht nur die besseren Karriere- und Verdienstmöglich-

keiten im Ausland die Entscheidung für eine Emigration bestimmen, sondern zunehmend auch Fragen der Lebensqualität, beispielsweise der Luftverschmutzung, der Überbevölkerung oder der städtischen Infrastruktur. Aus dieser Perspektive scheint es sehr fraglich, ob der "Brain Drain" schon bald in einen "Brain Gain" verwandelt werden kann.